

Gesetzentwurf der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Paul Wengert, Angelika Weikert u. a. und Fraktion (SPD)
zur Sicherung von Tariftreue und Mindestlohn, ökologischen Kriterien und Frauenförderung bei Auftragsvergaben des Freistaats und der Kommunen (Bayerisches Vergabegesetz - BayVG) (Drs. 16/6700)

- Erste Lesung -

und

Gesetzentwurf der Abgeordneten Margarete Bause, Thomas Mütze, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
eines Bayerischen Gesetzes zur Sicherung von Tariftreue, Sozialstandards und Wettbewerb bei öffentlicher Auftragsvergabe (Bayerisches Tariftreue- und Vergabegesetz - BayTarifG) (Drs. 16/6854)

- Erste Lesung -

Dr. Paul Wengert (SPD)..... 5554 5559
 Dr. Martin Runge (GRÜNE)..... 5555 5559
 Erwin Huber (CSU)..... 5556
 Alexander Muthmann (FW)..... 5557
 Jörg Rohde (FDP)..... 5558 5560

Verweisung in den Wirtschaftsausschuss..... 5560

Gesetzentwurf der Abgeordneten Margarete Bause, Thomas Mütze, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

zur Änderung des Meldegesetzes (Drs. 16/6701)

- Erste Lesung -

Christine Kamm (GRÜNE)..... 5560 5563
 Dr. Florian Herrmann (CSU)..... 5561 5562 5563
 Horst Arnold (SPD)..... 5563
 Florian Streibl (FW)..... 5563
 Dr. Andreas Fischer (FDP)..... 5564

Verweisung in den Kommunalausschuss..... 5565

Eingabe

betreffend "Keine Laufzeitverlängerung von Kernkraftwerken" (Az.: WI.0147.16)

Natascha Kohnen (SPD)..... 5565 5566
 Tobias Reiß (CSU)..... 5566
 Dr. Hans Jürgen Fahn (FW)..... 5567 5572
 Ludwig Hartmann (GRÜNE)..... 5568 5571
 Tobias Thalhammer (FDP).... 5569 5570 5571 5572
 Ludwig Wörner (SPD)..... 5571 5573
 Staatssekretärin Katja Hessel..... 5572 5573
 Christine Kamm (GRÜNE)..... 5573

Namentliche Abstimmung (s. a. Anlage)..... 5574

Schluss der Sitzung..... 5574

Fazit: Ich meine, wir sollten uns auf Bundesebene für eine datenschutzfreundliche Regelung im Rahmen des Bundesmeldegesetzes einsetzen. Näheres werden die Beratungen im Ausschuss ergeben.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist damit geschlossen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? - Ich sehe keinen Widerspruch. Damit ist das so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 5 auf:

**Eingabe
betreffend "Keine Laufzeitverlängerung von
Kernkraftwerken" (Az.: WI.0147.16)**

Der Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie hat sich mit der Eingabe in seiner Sitzung am 25. November 2010 befasst und beschlossen, die Eingabe gemäß § 80 Nummer 4 der Geschäftsordnung aufgrund der Stellungnahme der Staatsregierung für erledigt zu erklären. Den Petenten ist die Stellungnahme der Staatsregierung zu übersenden.

Die SPD-Fraktion hat gemäß Artikel 5 Absatz 2 Satz 2 des Bayerischen Petitionsgesetzes fristgerecht beantragt, die Eingabe auf die Tagesordnung des Plenums zu setzen.

Ich eröffne hiermit die Aussprache. Die Redezeit beträgt fünf Minuten pro Fraktion. Ich darf darauf hinweisen, dass die SPD-Fraktion zu dieser Eingabe namentliche Abstimmung beantragt hat. Erste Rednerin ist Frau Kollegin Kohnen.

Natascha Kohnen (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Diese namentliche Abstimmung sollte die Kollegen der CSU und der FDP dazu bewegen, in den Plenarsaal zu kommen. Vielleicht könnten Sie Ihren Kolleginnen und Kollegen ausrichten, dass weit über 100 Petenten auf dem Podium zu begrüßen sind und dass dies für ein Interesse sorgen sollte, diese Debatte heute noch einmal zu führen. Wir diskutieren über das Thema Atomausstieg nicht zum ersten Mal. Heute sprechen aber nicht nur wir Politiker, sondern es wenden sich 31.454 Menschen in ganz Bayern an Sie.

(Beifall bei der SPD und den Freien Wählern)

Diese Menschen lehnen eine Laufzeitverlängerung ab. Sie wollen, dass die Atomkraftwerke abgeschaltet werden, wie das unter Rot-Grün im Jahr 2000 beschlossen wurde. Dafür setzen auch wir uns ein.

Als ich heute die Petenten begrüßt habe, fiel mir kein plausibler Grund ein, warum Sie von Schwarz-Gelb eigentlich die Laufzeitverlängerung wollen. Gehen wir einmal Ihre Argumente durch. Einmal behaupten Sie, Atomstrom sei sicher. Herr Huber stellt sich gerne mit dieser Aussage hin. Herr Ministerpräsident Seehofer hat heute gesagt: Atomstrom ist sicher. Klar ist: Es gibt keine Sicherheit für Atomenergie. Es gibt keine Versicherung, die Ihnen dieses Risiko geldlich absichert. Grafenrheinfeld - ein aktueller Anlass - sollte Sie nachdenklich machen.

(Beifall bei der SPD, den Freien Wählern und den GRÜNEN)

Eines der Lieblingsargumente des Umweltministers Dr. Söder lautet: Atomstrom ist billig. Ich weiß nicht, wie oft wir dem Umweltminister noch erklären müssen, dass Atomstrom nicht billig ist, weil er den Strompreis auf dem Markt überhaupt nicht diktiert. Vielleicht kann das der Wirtschaftsminister, der anscheinend an dieser Debatte auch kein Interesse hat, Herrn Dr. Söder erklären. Frau Hessel, Sie sollten ihm das ausrichten. Diktiert wird der Strompreis von der teuersten Stromsorte. Der Atomstrom hat darauf keine Auswirkungen. Würde man die Endlagerung einrechnen, wäre Atomstrom die teuerste Stromsorte.

(Beifall bei der SPD, den Freien Wählern und den GRÜNEN)

Schließlich noch ein Argument, das Herr Dr. Söder immer gerne verwendet: Wenn man klimarelevant sein wolle, müsse man die Atomenergie nützen; denn sie sei die Stromsorte, die am wenigsten CO₂ emittiert. Das ist eine Lüge.

(Beifall bei der SPD)

Denn es verhält sich so, dass bei der Urananreicherung mehr CO₂ als bei der Windenergie, der Wasserenergie oder bei der Stromerzeugung aus Biomasse freigesetzt wird. Diese Aussage ist einfach nicht korrekt.

(Beifall bei der SPD)

Sie sagen außerdem: Atomstrom sei eine Brückentechnologie. Wir würden im Dunkeln stehen, würden wir abstellen. Ist Ihnen eigentlich bewusst, dass wir im ersten Quartal des Jahres 2010 bereits Stromexportweltmeister waren? Wir haben mehr Strom, als wir

brauchen. Das bedeutet: Der Ausstieg ist möglich, und der Ausstieg ist machbar.

(Beifall bei der SPD, bei den Freien Wählern und den GRÜNEN)

Von Herrn Dr. Söder kommt dann sofort das Argument, der Atomstrom sei notwendig, weil die erneuerbaren Energien noch nicht weit genug seien, um die Grundlast zu halten. Das ist Blödsinn; denn Atomkraftwerke sind für eine 100-prozentige Auslastung konzipiert. Sie sind nicht regelbar. Aus diesem Grunde können sie nicht mit den erneuerbaren Energien zusammenarbeiten. Wenn wir die erneuerbaren Energien durchsetzen wollen, brauchen wir als Mittechnik regelbare Technologien. Der Atomstrom leistet nur eines: Er blockiert das Netz für die erneuerbaren Energien.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Herr Seehofer hat uns heute erklärt, Bayern sei ein Vorzeigeland für die postfossile Landschaft. Das ist ein Rückschritt und ein Atavismus. Schwarz-Gelb geht zurück auf die Bäume, statt sich nach vorne zu bewegen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Heute geht es nicht mehr um die Dekade der Erneuerung "Weg vom Öl", wie das in der Regierungserklärung gesagt wurde. Anscheinend wollen Sie eine Dekade "Hin zu Uran". Etwas anderes scheint Ihnen nicht mehr einzufallen. Aber worüber sprechen Sie eigentlich nicht? Was verschweigen Sie? Sie verschweigen die Endlagerfrage.

(Thomas Kreuzer (CSU): Die Redezeit ist um!)

- Nein, die Redezeit ist nicht abgelaufen. Ich führe weiter aus.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Bitte zum Schluss kommen.

(Thomas Kreuzer (CSU): Die Redezeit ist abgelaufen!)

Natascha Kohnen (SPD): Sie verschweigen die Endlagerfrage. Sie verschweigen auch die Wirtschaftskraft. Sie, mein lieber Herr Kreuzer, Sie werden auch abspringen. Aber eine Frage sollten Sie den Petenten oben auf der Tribüne beantworten: Was haben sie davon? Was bekommen sie dafür? Denn die Einzigen, die profitieren, sind die Monopolisten, die Lobbyisten, die Atomkraftwerke - -

(Beifall bei der SPD - Anhaltende starke Unruhe)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Frau Kollegin Kohnen. - Herr Kollege Reiß von der CSU-Fraktion, bitte.

Tobias Reiß (CSU): Danke schön, Herr Präsident. - Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Frau Kollegin Kohnen, Sie spielen in der Diskussion um die Laufzeitverlängerung gern die Frau Moralapostel und zeigen mit dem Finger auf diejenigen, die sich dafür aussprechen, den Übergang hin zu den erneuerbaren Energien so zu organisieren, dass die Versorgungssicherheit in Bayern nicht gefährdet wird.

(Beifall bei der CSU - Zurufe von der SPD: Oh!)

Sie sollten den Finger vielleicht auch einmal in den eigenen Reihen heben, zum Beispiel zur Endlagerfrage. Was hat Rot-Grün zur Lösung der Endlagerfrage beigetragen?

(Anhaltende Unruhe)

Trittin hat als Umweltminister zwar bestätigt, dass radioaktive Abfälle aus der Wiederaufbereitung nur im Zwischenlager Gorleben aufgenommen werden können, gleichzeitig aber die Erkundung von Gorleben als Endlager blockiert. Die Endlagerfrage stellt sich, seit sich die Politik in Deutschland - auch die Sozialdemokratie - in den Fünfzigerjahren für eine Energieversorgung mit Kernenergie ausgesprochen hat.

(Zuruf der Abgeordneten Natascha Kohnen (SPD) - Anhaltende Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Selbstverständlich erhöht sich mit der Laufzeitverlängerung die Endlagermenge um rund 20 %.

(Anhaltende Unruhe - Glocke des Präsidenten - Zurufe von der CSU: Ruhe!)

Was bitte machen Sie mit den 17.000 Tonnen Endlagermenge, die auch ohne Laufzeitverlängerung anfallen, Herr Kollege Wörner?

(Beifall bei der CSU)

Es gehört zur Ehrlichkeit dieser Diskussion,

(Markus Rinderspacher (SPD): Aber kein zusätzlicher Müll!)

die Endlagerfrage unabhängig von der Laufzeit zu lösen.

Kommen wir zum Thema Sicherheit, Frau Kollegin Kohnen.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Was für eine Sicherheit?)

Sie behaupten hier im vorformulierten Text der Petition, Atomreaktoren seien für eine maximale Laufzeit von 25 Jahren konzipiert und Laufzeitverlängerungen darüber hinaus seien Experimente mit ungewissem Ausgang.

(Beifall bei der CSU)

Dann frage ich Sie, warum Isar 1 noch nach 32 Jahren am Netz ist. Wenn Sie recht hätten, wäre es die Pflicht von Gabriel und Trittin gewesen, zu vereinbaren, dass Isar 1 spätestens 2004 abgeschaltet wird.

(Zuruf der Abgeordneten Maria Noichl (SPD))

- Das Gegenteil ist der Fall, Frau Noichl. Rot-Grün hat in der Ausstiegsvereinbarung und auch später stets bestätigt, dass Kernkraftwerke in Deutschland, auch Isar 1, auf einem hohen Sicherheitsniveau betrieben werden.

(Beifall bei der CSU)

Das hat sich auch durch die Laufzeitveränderung nicht verändert. Ohne diese müsste das letzte bayerische Kernkraftwerk im Jahr 2020 vom Netz. Nach dem Zeitrahmen im Energiekonzept der Bundesregierung soll die Stromversorgung bis dahin bis zu 35 % aus den erneuerbaren Energien kommen. Kollege Hartmann möchte bis zu diesem Zeitpunkt 40 % aus den erneuerbaren Energien gewinnen. Auch wenn wir das noch übertreffen, steht fest, dass wir den Anteil der Kernenergie aus der bayerischen Stromversorgung bis zum Jahr 2020, also in weniger als zehn Jahren, nicht durch erneuerbare Energien ersetzen werden können. Wir brauchen noch erhebliche Anstrengungen zur Schaffung ausreichender Speichermöglichkeiten.

(Anhaltende Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Wir brauchen neue intelligente Netze. Wir müssen die Energieeffizienz weiter vorantreiben. Wir wollen zum Elektromobilitätsland Nummer 1 werden, und wir wollen hin zu einer Versorgung mit alternativen Energien. Wir haben sicher an Tagen, an denen Wind weht und die Sonne scheint, mehr, als wir brauchen; aber an Tagen, an denen dies nicht der Fall ist, brauchen wir vor allem die Speichermöglichkeit, die Möglichkeit, in Deutschland nicht importieren zu müssen, sondern den Strom, der überproduziert wird, auch hier bei uns zu verwenden.

Die Zeit, bis der Umstieg zu den alternativen Energien in ausreichendem Umfang möglich ist, muss mit

einem ökonomischen und zugleich ökologischen Energiemix überbrückt werden, und ich bitte Sie deshalb, die Petition aufgrund der Stellungnahme der Staatsregierung für erledigt zu erklären.

(Beifall bei der CSU und des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP))

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Kollege Reiß. - Für die Freien Wähler spricht Kollege Dr. Fahn. Bitte sehr.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FW): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Unser Ministerpräsident sagte heute Nachmittag: Wir machen Politik für die Menschen und mit den Menschen.

(Zurufe von der CSU: Genau! Jawohl!)

"Mitmachland Bayern", das hat er gesagt. Die Frage ist: Gilt das auch für dieses Thema Atomausstieg, Petition der SPD?

(Zuruf von der CSU: Für jedes!)

Wenn im Land 32.000 Bürger aus Bayern in einer Petition Ja zum Atomausstieg und damit Nein zur Restlaufzeitverlängerung sagen, dann kann man auch dies, meine Damen und Herren, nicht wegdiskutieren. Wenn in allen einschlägigen Meinungsumfragen in Deutschland und in Bayern 60 bis 70 % der Bevölkerung - bei Forsa sind es sogar 81 % - ganz klar sagen, dass sie keine Restlaufzeitverlängerung wollen, dann kann man das ebenfalls nicht wegdiskutieren.

Wenn der Verband Kommunaler Unternehmen in seiner Pressemitteilung am 17.01.2011 ganz klar sagt, die Auswirkungen des Energiekonzepts der Bundesregierung führten zu einer großen Rechtsunsicherheit und Investitionszurückhaltung der kommunalen Unternehmen, dann können Sie auch dies nicht wegdiskutieren, meine Damen und Herren. Wenn der Vorsitzende des Sachverständigenrates der Bundesregierung, Professor Dr. Martin Faulstich, sagt, das Energiekonzept der Bundesregierung sei verwässert und die Restlaufzeitverlängerung sei falsch, dann kann man auch dies nicht wegdiskutieren.

Wenn das Umweltbundesamt im Juni 2010 in einem Gutachten feststellt, dass eine vollständige Umstellung auf erneuerbare Energien ohne Restlaufzeitverlängerung mit dem heutigen Lebensstil und dem heutigen Konsumverhalten möglich ist, dann kann man auch das nicht wegdiskutieren, meine Damen und Herren. Oder wenn das Bundesumweltministerium haarsträubende Fehler im Energiekonzept der Bun-

desregierung nachweist - das war alles in den Medien zu lesen -, weil die Kosten viel zu hoch angesetzt waren, dann kann man auch das nicht wegdiskutieren.

Wenn 18 von 71 Landkreisen in Bayern durch Kreistagsbeschluss inzwischen eine Energiewende durch erneuerbare Energien und Energieeinsparung ohne Restlaufzeitverlängerung fordern, dann kann man auch dies nicht wegdiskutieren. Wenn selbst einer der schwärzesten Landkreise in Bayern, nämlich der Landkreis Rhön-Grabfeld, einen einstimmigen Beschluss fasst und sich für Energieautarkie, Emissionsneutralität, Energieeffizienz und für eine Wertschöpfung in der Region ausspricht und eine unverzügliche Lösung der Endlagerfrage fordert, dann kann man auch dies nicht wegdiskutieren, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Wenn man also eine Politik mit den Menschen für die Menschen machen will, dann muss man dieser Petition der SPD zustimmen und für Würdigung sein.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Dr. Paul Wengert (FDP))

Wenn Fachleute sagen, Herr Huber, dass auch ohne Laufzeitverlängerung das Licht in Bayern nicht ausgeht, sondern dass sogar noch Strom exportiert wird, dann können wir auch das nicht wegdiskutieren. Wenn die großen Energiekonzerne durch die Restlaufzeitverlängerung rund 6 Milliarden Euro einsacken und einige Stadwerke vor die Hunde gehen, meine Damen und Herren, dann können Sie auch das nicht wegdiskutieren.

(Zuruf des Abgeordneten Jörg Rohde (FDP))

Was wollen Sie? Sie wollen die Verlängerung der Restlaufzeit und sagen, das sei eine Brückentechnologie. Wir von den Freien Wählern sagen: Das ist eine Krückentechnologie, meine Damen und Herren, ohne Zukunft.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Sie wollen den Bürgern nur Sand in die Augen streuen, und wir meinen: Der greise Risikopatient Atomkraft soll nach Ihrem Willen, dem Willen der Regierungsfractionen, noch einmal vom Sterbebett auf die Intensivstation verlegt werden. Es werden noch einmal Organe und Gliedmaßen transplantiert, und am Rande der biologischen Altersgrenze des Patienten soll dem Tod noch einmal ein Schnippchen geschlagen werden, statt ihn in Würde sterben zu lassen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Ich komme auch schon zum Schluss. Es ist wirklich so, wie "DIE ZEIT" am 09.09.2010 schrieb: "Atom bleibt, Öko kommt vielleicht". Eine Energierevolution hat die Bundesregierung versprochen; herausgekommen ist konkret nur ein Geschenk an die Konzerne, meine Damen und Herren. Gerade deshalb unterstützen wir die Petition der SPD betreffend "Ja zum Atomausstieg - keine Laufzeitverlängerung von Kernkraftwerken".

(Anhaltender Beifall bei den Freien Wählern und der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Kollege Dr. Fahn. Kollege Hartmann steht schon für die Fraktion der GRÜNEN bereit. Bitte sehr.

(Unruhe)

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon erstaunlich, dass Kollege Reiß mehr Ehrlichkeit in der Debatte einfordert. Wer mehr Ehrlichkeit in der Debatte einfordert, sollte einmal die Staatsregierung anschauen. Auf der ersten Seite der Stellungnahme zur Petition heißt es, man möchte in diesem Land einen breiten Energie-Mix haben. Wenn für die nächsten zehn Jahre ein Atomstromanteil von 60 % festbetoniert wird, kann man nicht von einem breiten Energie-Mix sprechen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zum breiten Energie-Mix: Der Ministerpräsident hat in der Regierungserklärung vorhin davon gesprochen, dass in diesem Jahrzehnt der Strom aus der Wüste fließen soll. Dagegen ist nichts zu sagen, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, aber in diesen zehn Jahren soll kein einziges AKW abgeschaltet werden. Der Wüstenstrom soll hinzukommen. Alle Parteien in diesem Hohen Hause möchten die erneuerbaren Energien ausbauen, aber kein Kernkraftwerk soll abgeschaltet werden. Bereits jetzt werden Biomasseanlagen und Windkraftanlagen vom Netz genommen, weil die Netze definitiv vom Atomstrom, auch aus Bayern, verstopft werden.

Was die Ehrlichkeit in dieser Debatte angeht: Ich bin immer zu einer ehrlichen Debatte bereit.

(Widerspruch und Lachen bei der CSU und der FDP)

Auf Seite 7 der Stellungnahme der Staatsregierung geht es um die Problematik der Alterung von Komponenten in den Kernkraftwerken. Da schreibt man, rela-

tiv bildlich formuliert, welch ein gutes Management da stattfindet, dass man die Anlagen regelmäßig überprüft, und man schreibt sogar von einem vorsorglichen Austausch von Komponenten. Das klingt ganz schön. Was aber war denn in Grafenrheinfeld bei der Revision im Sommer? Was ist denn dort passiert?

(Zuruf von der CSU: Nichts!)

- Das war die längste Revision in der Geschichte des Kernkraftwerkes, das länger als vorher geplant abgeschaltet wurde. In den letzten Wochen ergab eine Ultraschalluntersuchung einen Befund, den man nicht zuordnen konnte. Ich behaupte ja gar nicht, dass es sich um einen Riss gehandelt hat. Man konnte den Befund nicht zuordnen. Wenn man seine eigenen Vorgaben ernst nehmen würde, dann müsste man dieses Element vorsorglich ohne Wenn und Aber austauschen. Sie können einen Riss nicht ausschließen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was hat man stattdessen gemacht? - Das lief ziemlich merkwürdig. Man hat den Befund als nicht meldepflichtig eingestuft. Am 16. Dezember 2010 wurde er um 17.00 Uhr gemeldet. Die Anlage läuft bereits seit Sommer wieder, ist am Netz, und man meldet den Befund später. Dann findet eine heftige Diskussion darüber statt, was man dort wirklich gefunden hat. Dann kommt schreibchenweise heraus, dass es bereits 2005 einen ähnlichen Befund in einem Atomkraftwerk in der Schweiz gab. Man hat das Element ausgetauscht und festgestellt, dass ein Riss in dieser Leitung, am gleichen Komponentenstück in der Schweiz war. Dann kann man nicht von Ehrlichkeit in dieser Debatte sprechen, die es definitiv nicht gibt. Wenn Sicherheit das allererste Gebot gewesen wäre, dann hätte man dieses Element austauschen müssen; das sage ich klipp und klar.

Das Gleiche erleben wir immer wieder. Wir erleben seit Jahren bei Isar I, bei diesem Schrottreaktor, dass es immer wieder zu Vorfällen kommt, die man mit schöner Sprache herunterzuspielen versucht, und dass man sagt, man habe es im Griff. Minister Söder sagt dann immer gerne, dass im Jahr 1.000 Prüfrunden stattfinden. Das ist ja schön und gut, aber wenn man die Ursachen nicht beseitigen kann und die Probleme immer wieder auftreten, dann bringen diese Prüfrunden gar nichts, sondern man muss an die Ursachen ran.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Ursache ist aber, dass die Atomkraftwerke in die Jahre kommen. Je älter sie werden, desto störanfälliger werden sie. Deshalb ist für uns ganz klar: Man muss am Atomausstieg festhalten. Die Bevölkerung

hat ein Anrecht darauf, dass der gesellschaftliche Frieden, den man auch mit dem Atomkonsens gefunden hat, gewahrt bleibt. Wenn man den heutigen Ist-Zustand auf zehn Jahre betonieren möchte, dann ist das ein Schritt zurück. Wer das möchte, möchte in den nächsten zehn Jahren nichts an der Energieversorgung in diesem Land ändern. Das ist ein Armutszeugnis.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Kollege Hartmann. Als Nächster spricht Kollege Thalhammer für die FDP. Bitte schön.

(Zurufe von den GRÜNEN und der SPD - Unruhe)

- Frau Kollegin Gote, das war jetzt nicht notwendig.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Ich habe gar nichts gesagt! - Anhaltende Unruhe)

- Okay, es war nicht Frau Kollegin Gote; ich entschuldige mich. Wer auch immer das gesagt hat: Das war nicht notwendig. - Herr Kollege Thalhammer, Sie haben das Wort.

Tobias Thalhammer (FDP): Herr Präsident, danke für Ihre Rückendeckung, aber ich kann mich selbst wehren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich würde gerne auf meine Wortbeiträge von früher zu diesem Thema verweisen. Angesichts von mehr als 31.000 Unterschriften zu dieser Petition ist es aber erforderlich, dass man sich mit diesem Thema sachlich auseinandersetzt. Liebe Frau Kollegin Kohnen, allein die Tatsache, dass Sie hier über 31.000 Unterschriften im Rücken haben, erfordert es aus Respekt vor den Bürgerinnen und Bürgern, dass man sich mit dem Thema sachlich auseinandersetzt und nicht so oberflächlich und polemisch agiert, wie Sie das heute gemacht haben.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und der CSU)

Wie gewohnt trage ich zur Sachlichkeit bei

(Widerspruch bei der SPD und den GRÜNEN - Unruhe)

und beantworte sehr gerne die Fragen, die Sie gestellt haben. Was bringt die Laufzeitverlängerung den Bürgerinnen und Bürgern? - Ganz klar eine Energieversorgung, die sie sich leisten können, günstigeren Strom. Wenn Sie mir das nicht glauben, verweise ich auf den Artikel "Der teure Traum", der im "SPIEGEL"

vom September letzten Jahres erschienen ist. Der "SPIEGEL" ist gewiss kein liberales Kampfblatt, sondern steht eher Ihrer Gesinnung nahe. Ich verweise auf die zahlreichen Schreiben der Energieversorger, die viele Bürgerinnen und Bürger zu Beginn des Monats Januar dieses Jahres in ihren Briefkästen vorgefunden haben.

(Anhaltende Zurufe von der SPD und den GRÜNEN - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Darin haben die Stromversorger die Bürgerinnen und Bürger darüber aufgeklärt, dass mit dem Weg zu erneuerbaren Energien ein verteuerter Strompreis verbunden ist.

(Zuruf der Abgeordneten Natascha Kohnen (SPD))

Sie haben anlässlich dieser Petition großflächig einen Flyer verteilt. Da würde mich mal interessieren: Wer bezahlt es denn, dass dieser Flyer bayernweit in alle Briefkästen verteilt wird?

(Zurufe von der SPD)

Die Bürgerinnen und Bürger sollen wissen, wofür sie unterschrieben haben. Ich zitiere daher aus dem Flyer, den Sie verteilt haben:

Keiner will den Atommüll.

Richtig.

Die Entsorgung und Endlagerung des hoch radioaktiven Atommülls, der über 1 Million Jahre sicher eingelagert werden muss, ist weiterhin offen. Schwarz-Gelb verdrängt dieses Problem.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Schwarz-Gelb verdrängt hier gar nichts! Schwarz-Gelb stellt sich diesem Problem, das Sie über Jahre hinweg verdrängt haben.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und der CSU)

Die rot-grüne Regierung hat das Moratorium Gorleben verfasst. Sie haben dafür gesorgt, dass die Endlagerfrage nicht weiter behandelt wurde. Sie haben dafür gesorgt, dass wir heute noch lange nicht da sind, wo wir stehen müssten. Sie haben verdrängt, und wir stellen uns den Problemen, seien sie auch noch so unangenehm.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und der CSU)

Sie spielen mit den Ängsten und den Gefühlen der Bürgerinnen und Bürger, siehe das Thema der Endlagerung im Bayerischen Wald. Sie schreiben, dass der Bayerische Wald sogar zwei Gorleben bekommt, einmal den Standort Saldenburg, der immer ins Gespräch gebracht wird - vor allem von Ihnen -,

(Widerspruch bei der SPD und den GRÜNEN)

und zum anderen den Truppenübungsplatz Boletice auf der tschechischen Seite, den Sie immer als gegeben darstellen. Sie wissen ganz genau, dass das nur einer von 40 möglichen Standorten in Tschechien war. Sie spielen mit den Ängsten der Bürgerinnen und Bürger, handeln wider besseres Wissen und verweigern sich einer sachlichen Diskussion.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Frau Kohnen, Sie haben gesagt, die Regelbarkeit der Kernkraftwerke sei nicht gegeben.

(Natascha Kohnen (SPD): Ja!)

Wie sieht es mit der Regelbarkeit der Photovoltaik aus? Die Photovoltaik ist sowas von exzellent regelbar, dass bei einem Feuerwehreinsatz, wenn die Hütte brennt, die künstliche Beleuchtung der Feuerwehr bei einem Nacheinsatz sogar die Stromversorgung provoziert.

(Widerspruch bei der SPD)

Wo ist die Photovoltaik besser regulierbar? Bitte seien Sie ehrlich, wenn Sie von der Regelbarkeit der Energie sprechen. Das betrifft viele Energieträger der konventionellen und erneuerbaren Energie.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege Thalhammer, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Tobias Thalhammer (FDP): Herr Hartmann, meine restliche Redezeit reicht nicht für Ihre Ausschweifungen. Dazu bekommen Sie nachher Gelegenheit.

Meine Damen und Herren, Sie fragen, was die Verlängerung gebracht habe. Die Laufzeitverlängerung mit Stromkontingenten hat dazu geführt, dass Temelín nicht ausgebaut wird. Unmittelbar nach der Laufzeitverlängerung hat Tschechien entschieden, Temelín nicht zu erweitern, weil ihnen der Hauptkunde Deutschland abhanden gekommen ist. Das war eine positive Folge der Laufzeitverlängerung.

(Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich schließen. Sie fordern: Abschalten. Wir sagen ebenfalls: Abschalten, aber das Köpfchen einschalten. Wir wollen

später abschalten, nämlich dann, wenn es vernünftig ist.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Zurufe von der SPD: Abschalten! Abschalten! Abschalten!)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Thalhammer, bitte bleiben Sie stehen, da wir noch zwei Zwischenbemerkungen haben. Ich darf Sie jedoch darauf aufmerksam machen, dass Sie die Hilfsmittel für Ihre Rede nicht so deutlich nach oben halten sollten. Das müsste vom Ältestenrat vorher genehmigt werden.

Tobias Thalhammer (FDP): Meinen Sie das?

(Abgeordneter Tobias Thalhammer zeigt eine Ausgabe des Magazins "SPIEGEL")

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: - Ich meine das.

(Harald Güller (SPD): Ist unsere Petition erlaubt? Vernünftige Dinge darf man immer nach oben halten!)

- Das gilt ebenso für die Petition. Wir kommen zur Zwischenbemerkung des Herrn Kollegen Hartmann.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Kollege, Sie haben reichlich zum Thema Regelbarkeit von Kraftwerken ausgeholt. Ich stimme Ihnen vollkommen zu: Windkraftwerke sind nicht regelbar. Das gilt in dieser Form auch für Solaranlagen. Sind wir uns da nicht einig? In der Übergangsphase, bis die Smart Grids, die modernen Netze, und das Energie- und Lastmanagement gescheit funktionieren, sollte der andere Stützpfeiler der deutschen Energieversorgung gut regelbar sein. Das bedeutet: Neben den Windkraftanlagen dürfen nicht zeitgleich Kernkraftwerke betrieben werden. Wir brauchen regelbare Kraftwerke wie die modernen Gaskraftwerke. Da sind wir doch sicher einer Meinung.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Sie werfen mir vor, wir spielten mit den Ängsten der Bevölkerung. Wovor haben die Leute eigentlich Angst? Sie haben Angst vor den Kernkraftwerken - das ist unumstritten. Sie spielen das Thema so herunter, als hätten wir uns die Frage des Endlagers nie gestellt. Man wollte ergebnisoffen suchen und keine Fakten über die Köpfe der Menschen hinweg schaffen. Was macht die Staatsregierung? Eine Behörde des Umweltministeriums verfasst innerhalb weniger Monate auf nicht einmal 20 Seiten eine Broschüre, der zu entnehmen ist: Ganz Bayern ist nicht geeignet. Warum untersucht man Gorleben über 20 Jahre ohne Ergebnis? In Bayern bekommt man das in ein paar

Monaten auf knappen 20 Seiten hin. Das, was hier geführt wird, ist keine ehrliche Debatte.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege Thalhammer, Sie haben das Wort.

Tobias Thalhammer (FDP): Herr Kollege Hartmann, ich bin mit Ihnen einer Meinung, dass das Sankt-Florians-Prinzip auch bei der Kernenergie nicht gelten darf. Da wir 60 % des Stroms aus der Kernenergie beziehen, müssen wir uns intensiv mit der Frage der Endlagerung auseinandersetzen - noch besser mit der Vermeidung. Da sind wir vollkommen d'accord. Aus diesem Grund ist mit den ersten Anträgen der FDP und der CSU in dieser Legislaturperiode gefordert worden: In Berlin sollen sie schnell in die Putschen kommen und sich professionell sowie ergebnisoffen - Sie haben dieses Wort selbst benutzt - der Endlagerfrage stellen. Zudem ist gefordert worden, Ihr Moratorium aufzuheben.

Herr Hartmann, Sie sprechen davon, dass Sie als gute Menschen ein Moratorium verhängt hätten, um die Endlagerfrage ergebnisoffen zu klären. Ich möchte Sie bitten, mir zu erklären, was ein ergebnisoffenes Moratorium ist. Das gibt es nämlich nicht. Sie haben damals einfach die erneuerbaren Energien in die Welt gesetzt. Das war sehr gut und lobenswert. Sie haben aber nicht weiter gedacht und sind der unangenehmen Frage nach der Endlagerung charmant ausgewichen, indem Sie ein Moratorium verhängt haben.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Das war nicht ergebnisoffen. Das war engstirnig, Herr Kollege Hartmann. Ich bin ebenfalls mit Ihnen einer Meinung, dass wir flexible Kraftwerke benötigen, zum Beispiel Gaskraftwerke, meinetwegen sogar Biogaskraftwerke. Ich erinnere jedoch daran, dass gerade Ihre Gruppierung überall dort, wo es um Anlagen für erneuerbare Energien geht - beim Pumpspeicherkraftwerk in Riedl, beim Gaskraftwerk in Schwandorf -, an vorderster Front dagegen gekämpft hat. So geht es auch nicht.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Die nächste Zwischenbemerkung kommt von Herrn Kollegen Wörner.

Ludwig Wörner (SPD): Lieber Herr Kollege Thalhammer, jetzt blasen Sie Ihre Backen nicht so auf.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte Sie gerne daran erinnern, dass Sie am Ende wieder mit leeren Händen dastehen könnten. Sie waren mit uns vor Ort und haben gesagt, man könnte mit Ihnen über die Abschaltung von Isar 1 reden. Acht Tage später im Umweltausschuss haben Sie dann gekniffen, weil Sie von Ihrem eigenen Laden und Ihrem Koalitionspartner zurückgepiffen worden sind. Wer dann hier die Backen aufbläst, ist nicht glaubwürdig. In der Politik geht es uns um Glaubwürdigkeit und nicht um die Show, wie Sie sie hier liefern.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Thalhammer, ich will Ihnen noch etwas auf den Weg geben. Das müsste sich Ihnen eigentlich selbst erschließen. Hätten Sie in Bezug auf Isar 1 mit uns gestimmt, wäre dies eine deutliche Position gewesen. Sie haben sich heute unglaublich gemacht. Damit müssen Sie leben.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege Thalhammer.

Tobias Thalhammer (FDP): Lieber Herr Kollege Wörner, leider habe ich nicht Ihren Bartwuchs. Deshalb sieht man meine Backen etwas mehr.

(Lachen bei der FDP und der CSU)

Aufgrund meiner Gesangsausbildung kann ich laute Worte ohne aufgeblasene Backen von mir geben.

(Harald Güller (SPD): Gesang? - Lachen bei der SPD)

Man muss mit wenig Atem laut sprechen können, lieber Kollege Wörner.

Ja, es ist richtig, dass ich mich bei diesem Thema immer um eine sachliche Diskussion bemüht habe. Ich habe mir ganz genau angesehen, was mit der Laufzeitverlängerung ausgesagt wird. Es ist nicht so, wie Sie es immer schreiben. Die Laufzeiten werden nicht auf Jahre verlängert. Das ist eine Falschinformation. Die Laufzeitverlängerung richtet sich nach Stromkontingenten. Innerhalb dieser Stromkontingente gibt es eine gewisse Flexibilität. Einem Abgeordneten des Hohen Hauses darf es nicht verboten sein, sich über die Flexibilisierung der Stromkontingente und deren zukunftsorientierte Umsetzung Gedanken zu machen. Vielleicht ist dies in Ihrer Gruppierung ungewöhnlich. Wir dürfen laut denken. Glauben Sie mir, wir werden Gedanken, die gut sind, weiterführen. Sie haben gemeint, getrieben von einer Idee schnell auf den Zug aufspringen zu können. Sie haben Hals über Kopf einen schlecht formulierten Antrag in den Aus-

schuss eingebracht. Bei einer so entscheidenden Zukunftsfrage für unser Land dürfen wir uns nicht treiben und von Ihnen vorführen lassen. Glauben Sie mir, die Bürgerinnen und Bürger haben es verdient, dass mit einem so seriösen Thema wie der Energieversorgung verantwortungsbewusst und durchdacht umgegangen wird.

(Natascha Kohnen (SPD): Ja, genau das ist es!)

Dafür stehe ich ein. Dafür steht die Regierung der CSU und der FDP in Bayern. Darauf können sich die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes verlassen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege Thalhammer, wir haben noch eine weitere Zwischenbemerkung vom Kollegen Dr. Fahn.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FW): Sie haben jetzt wieder schön ausgeholt. Im Zusammenhang mit Isar 1 möchte ich gerne nachfragen. Sie haben von einem schlecht formulierten Antrag gesprochen. Jetzt fordere ich Sie auf: Stellen Sie im Rahmen dieser Plenarsitzung einen gut formulierten Antrag und sagen Sie, unter welchen Voraussetzungen und mit welchem Konzept Sie aus Isar 1 aussteigen werden. Das interessiert uns heute konkret.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege Thalhammer, Sie haben das Wort.

Tobias Thalhammer (FDP): Als Parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Fraktion verweise ich auf die Geschäftsordnung dieses Hauses. Daraus geht ganz klar hervor, dass wir auf Petitionen keine Anträge, auch keine Änderungsanträge stellen dürfen, sondern über die vorliegende Petition abzustimmen haben. Darauf bezieht sich auch mein Redebeitrag.

(Beifall bei der FDP)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Für die Staatsregierung äußert sich Frau Staatssekretärin Hessel.

Staatssekretärin Katja Hessel (Wirtschaftsministerium): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte die Gelegenheit nutzen und wiederholt zur Laufzeitverlängerung Stellung nehmen, denn in der Tat ist die Frage der Laufzeiten unserer Kernkraftwerke von wesentlicher Bedeutung für Bayern. Zur Erinnerung ein paar Punkte: Die Stromerzeugung unseres Landes beruht schon heute zu 25 % auf erneuerbaren Energien. Unser Land verfügt über fünf sichere und leistungsfähige Kernkraftwerke.

(Hubert Aiwanger (FW): Außer Grafenrheinfeld und Isar 1!)

Unsere Pro-Kopf-Emission liegt daher um ein Drittel unter dem Bundesdurchschnitt. Unsere Wirtschaftskraft und unser Wohlstand hängen maßgeblich von Industrieunternehmen ab, die auf eine sichere und preiswerte Stromerzeugung angewiesen sind. Wir haben im Landtag wiederholt dargelegt, dass die maßvolle Laufzeitverlängerung für die deutschen Kernkraftwerke um durchschnittlich zwölf Jahre uns die dringend benötigte Zeit für den Umbau unserer Stromversorgung verschafft. Langfristig wollen wir den größten Teil unseres Strombedarfs aus erneuerbaren Energien decken. Dafür brauchen wir einen massiven Ausbau der Netze auf allen Spannungsebenen. Wir brauchen den Aufbau von Speichern für Strom aus fluktuierenden erneuerbaren Energiequellen, und darum unterstützen wir in unserem Hause auch den Bau des Pumpspeicherkraftwerkes Riedl. Das sind technische, finanzielle und planerische Kraftakte, die in gut zehn Jahren nicht zu schaffen gewesen wären, wenn nach dem alten rot-grünen Atomrecht das letzte Kernkraftwerk nach dieser Zeit vom Netz hätte gehen müssen.

(Unruhe)

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Staatssekretärin, einen Augenblick bitte. Ich weiß, es ist spät. Wenn wir jetzt noch eine Sitzung abhalten, bitte ich Sie, wenigstens zuzuhören. Ich sage das an alle Seiten des Hauses. Sie brauchen nicht zu deuten, Herr Fraktionsvorsitzender.

Staatssekretärin Katja Hessel (Wirtschaftsministerium): Die Laufzeitverlängerung verschafft uns durch die Teilabschöpfung der Zusatzgewinne die finanziellen Mittel, die wir für das höhere Tempo des Ausbaus der erneuerbaren Energien und der nötigen Stromspeichertechnologien brauchen. Gerade für Bayern hat die Laufzeitverlängerung erhebliche positive energiewirtschaftliche Auswirkungen. Bayern kann seinen benötigten Strom weiterhin im eigenen Land erzeugen und ist nicht auf Stromimporte aus osteuropäischen Kernkraftwerken angewiesen. Wir behalten unsere hervorragende CO₂-Bilanz, und das Risiko von Stromausfällen wird minimiert. Die Stromversorgung bleibt garantiert.

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Staatssekretärin, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Kollegin Kamm?

Staatssekretärin Katja Hessel (Wirtschaftsministerium): Nein, am Ende.

Die Entscheidung war richtig, denn es wäre volkswirtschaftlich unsinnig, sichere und wettbewerbsfähige Kernkraftwerke vorzeitig außer Betrieb zu nehmen. Es wäre energiepolitisch unverantwortlich, mutwillige Versorgungsrisiken und knappheitsbedingte Preissteigerungen herbeizuführen. Deshalb ist die Laufzeitverlängerung für unser Land wichtig.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Kollegin Kamm zu einer Zwischenintervention.

Christine Kamm (GRÜNE): Frau Staatssekretärin, halten Sie es für verantwortbar, Atomkraftwerke immer älter werden zu lassen, mit der Gefahr, dass es tatsächlich zu Störfällen kommt, die unsere Wirtschaft und unsere Bürgerinnen und Bürger wesentlich schlimmer treffen würden als die vermeintlichen Vorteile durch etwas billigen Atomstrom?

(Unruhe)

Staatssekretärin Katja Hessel (Wirtschaftsministerium): Sie waren fast nicht zu verstehen. Es lag wohl an der Lautstärke im Haus. Ich glaube, wir brauchen eine sichere Stromversorgung, die momentan nur die Brückentechnologie der Kernkraftwerke darstellen kann.

(Beifall bei der FDP - Widerspruch der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

Präsidentin Barbara Stamm: Eine weitere Zwischenbemerkung: Herr Kollege Wörner.

Ludwig Wörner (SPD): Nachdem Sie gerade beschrieben haben, dass wir nicht von anderen abhängig werden wollen, will ich Sie darauf hinweisen, dass wir uns in einem europäischen Verbund befinden und Bayern nicht separieren können. Nachdem Sie Staatssekretärin für Energiefragen sind, will ich zum Zweiten von Ihnen jetzt und hier konkret wissen, ob wir zwischen Januar und März 2010 netto Strom importiert oder exportiert haben, und wenn ja, wie viel.

(Alexander König (CSU): Das war eine Fangfrage!)

Staatssekretärin Katja Hessel (Wirtschaftsministerium): Das hätte ich jetzt auch gesagt.

(Zurufe: Das hat man Ihnen nicht aufgeschrieben!)

Sagen Sie es doch.

(Ludwig Wörner (SPD): Sie sind doch Staatssekretärin!)

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Staatssekretärin, möchten Sie darauf eingehen? - Wenn nicht, dann vielen Dank.

(Beifall bei der FDP - Zurufe von der SPD und den Freien Wählern: Bravo!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, darf ich fortfahren?

(Unruhe)

- Ich habe Zeit. Ich kann heute nicht mehr nach Hause fahren. Deswegen habe ich Zeit.

Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Die SPD-Fraktion hat beantragt, die Abstimmung in namentlicher Form durchführen zu lassen. Wer dem Votum des Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie zustimmen will, den bitte ich, die blaue Ja-Karte zu benutzen. Für Gegenstimmen ist die rote Nein-Karte zu verwenden. Stimmenthaltungen sind mit der weißen Stimmkarte anzuzeigen. Die Urnen für die Stimmkarten befinden sich auf beiden Seiten des Sitzungssaals und am Stenografentisch. Mit der

Stimmabgabe kann begonnen werden. Fünf Minuten stehen zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 20.57 bis 21.02 Uhr)

Die Zeit ist um. Die Stimmabgabe ist geschlossen. Ich bitte die Stimmkarten auszuzählen.

(Unterbrechung von 21.02 bis 21.04 Uhr)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über die Eingabe betreffend "Keine Laufzeitverlängerung von Kernkraftwerken" (WI.0147.16) bekannt. Mit Ja haben 87 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 64. Damit ist dem Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie entsprochen worden.

(Abstimmungsliste siehe Anlage)

Die Sitzung ist geschlossen. Vielen Dank, dass Sie so lange ausgehalten haben. Guten Abend und kommen Sie gut nach Hause.

(Schluss: 21.05 Uhr)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 25.01.2011 zur Eingabe betreffend "Keine Laufzeitverlängerung von Kernkraftwerken" (WI.0147.16)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate		X	
Aiwanger Hubert		X	
Arnold Horst		X	
Aures Inge		X	
Bachhuber Martin	X		
Prof. Dr. Barfuß Georg	X		
Prof. (Univ Lima) Dr. Bauer Peter		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried	X		
Bause Margarete		X	
Dr. Beckstein Günther			
Dr. Bernhard Otmar	X		
Dr. Bertermann Otto	X		
Dr. Beyer Thomas			
Biechl Annemarie	X		
Biedefeld Susann		X	
Blume Markus	X		
Bocklet Reinhold	X		
Breitschwert Klaus Dieter	X		
Brendel-Fischer Gudrun	X		
Brunner Helmut			
Dr. Bulfon Annette	X		
Dechant Thomas	X		
Dettenhöfer Petra	X		
Dittmar Sabine		X	
Dodell Renate			
Donhauser Heinz	X		
Dr. Dürr Sepp		X	
Eck Gerhard	X		
Eckstein Kurt	X		
Eisenreich Georg	X		
Dr. Fahn Hans Jürgen		X	
Felbinger Günther		X	
Dr. Fischer Andreas	X		
Dr. Förster Linus			
Franke Anne		X	
Freller Karl	X		
Füracker Albert			
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul			
Gehring Thomas		X	
Glauber Thorsten			
Goderbauer Gertraud			
Görlitz Erika	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Goppel Thomas	X		
Gote Ulrike		X	
Gottstein Eva		X	
Güll Martin		X	
Güller Harald		X	
Guttenberger Petra	X		
Hacker Thomas	X		
Haderthauer Christine			
Halbleib Volkmar		X	
Hallitzky Eike		X	
Hanisch Joachim		X	
Hartmann Ludwig		X	
Heckner Ingrid	X		
Heike Jürgen W.	X		
Herold Hans	X		
Dr. Herrmann Florian	X		
Herrmann Joachim	X		
Dr. Herz Leopold			
Hessel Katja	X		
Dr. Heubisch Wolfgang			
Hintersberger Johannes	X		
Huber Erwin	X		
Dr. Huber Marcel			
Dr. Hünnerkopf Otto	X		
Huml Melanie	X		
Imhof Hermann	X		
Jörg Oliver	X		
Jung Claudia			
Kamm Christine		X	
Karl Annette		X	
Kiesel Robert	X		
Dr. Kirschner Franz Xaver			
Klein Karsten	X		
Kobler Konrad	X		
König Alexander	X		
Kohnen Natascha		X	
Kränzle Bernd			
Kreuzer Thomas	X		
Ländner Manfred	X		
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp	X		
Lorenz Andreas			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Prof. Männle Ursula	X		
Dr. Magerl Christian		X	
Maget Franz		X	
Matschl Christa	X		
Meißner Christian	X		
Dr. Merk Beate	X		
Meyer Brigitte			
Meyer Peter		X	
Miller Josef	X		
Müller Ulrike		X	
Mütze Thomas		X	
Muthmann Alexander		X	
Naaß Christa		X	
Nadler Walter	X		
Neumeyer Martin	X		
Nöth Eduard	X		
Noichl Maria		X	
Pachner Reinhard	X		
Dr. Pauli Gabriele		X	
Perlak Reinhold		X	
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael		X	
Pohl Bernhard	X		
Pointner Mannfred			
Pranghofer Karin		X	
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph		X	
Radwan Alexander	X		
Reichhart Markus		X	
Reiß Tobias	X		
Richter Roland	X		
Dr. Rieger Franz	X		
Rinderspacher Markus		X	
Ritter Florian		X	
Rohde Jörg	X		
Roos Bernhard		X	
Rotter Eberhard	X		
Rudrof Heinrich	X		
Rüth Berthold	X		
Dr. Runge Martin		X	
Rupp Adelheid		X	
Sackmann Markus	X		
Sandt Julika	X		
Sauter Alfred	X		
Scharfenberg Maria		X	
Schindler Franz		X	
Schmid Georg	X		
Schmid Peter			
Schmitt-Bussinger Helga			
Schneider Harald		X	
Schneider Siegfried			
Schöffel Martin	X		
Schopper Theresa		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika	X		
Schreyer-Stäblein Kerstin			
Schuster Stefan		X	
Schweiger Tanja		X	
Schwimmer Jakob			
Seidenath Bernhard	X		
Sem Reserl	X		
Sibler Bernd	X		
Sinner Eberhard	X		
Dr. Söder Markus	X		
Sonnenholzner Kathrin		X	
Dr. Spaenle Ludwig			
Sprinkart Adi		X	
Stachowitz Diana		X	
Stahl Christine		X	
Stamm Barbara	X		
Stamm Claudia		X	
Steiger Christa		X	
Steiner Klaus	X		
Stewens Christa			
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus	X		
Strehle Max	X		
Streibl Florian		X	
Strobl Reinhold		X	
Dr. Strohmayr Simone			
Taubeneder Walter	X		
Tausendfreund Susanna			
Thalhammer Tobias	X		
Tolle Simone		X	
Unterländer Joachim	X		
Dr. Vetter Karl			
Wägemann Gerhard	X		
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika		X	
Dr. Weiß Bernd			
Dr. Weiß Manfred	X		
Dr. Wengert Paul			
Werner Hans Joachim		X	
Werner-Muggendorfer Johanna		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit		X	
Will Renate	X		
Winter Georg	X		
Winter Peter	X		
Wörner Ludwig		X	
Zacharias Isabell		X	
Zeil Martin			
Zeitler Otto	X		
Zellmeier Josef	X		
Dr. Zimmermann Thomas	X		
Gesamtsumme	87	64	0